

Aus den Sektionen

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **36 (1961)**

Heft 7: **Aus dem Verbands**

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Generalversammlung der Sektion Winterthur

Die Sektion Winterthur des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen, der 23 Genossenschaften, die Stadt Winterthur und 9 Einzelmitglieder mit 2749 Wohnungen (Stand Ende 1960) angehören, hielt kürzlich ihre ordentliche Generalversammlung ab. Unter der speditiven Leitung ihres Präsidenten Eugen Högger, der die Herren Stadträte Schätti und Zindel als Gäste und zahlreiche Sektionsmitglieder begrüßen durfte, waren die ordentlichen Geschäfte bald abgewickelt. Dem ausführlichen, sehr interessanten Jahresbericht des Vorsitzenden entnehmen wir, daß in unserer Stadt im Jahre 1960 1243 Wohnungen erstellt wurden, was einen absoluten Rekord darstellt. Demzufolge ist der Leerwohnungsstand gestiegen, erreicht aber den Normalzustand bei weitem noch nicht. Vor allem fehlen immer noch Wohnungen, die auch für den Normalverdiener tragbar sind. Die Genossenschaften werden daher zu vermehrter Aktivität aufgerufen. Dabei wäre es aber vor allem auch Aufgabe der Stadt, Bauland zur Verfügung zu stellen und dadurch den Bau preisgünstiger Wohnungen zu fördern. Zwei Motionen, die sich mit dem Bau kommunaler Wohnungen und mit der Bereitstellung von Bauland durch die Stadt befassen, harren bereits seit mehr als zwei Jahren ihrer Erledigung. Ein Wettbewerb der Stadt zur Überbauung des Grüzefeldes hat ausgezeichnete Lösungen aufgezeigt. Es ist nur zu hoffen, daß die Verhandlungen mit den Landbesitzern bald günstig abgeschlossen werden und dann die Genossenschaften wieder eine Anzahl günstiger Wohnungen bauen können. Im weiteren wird im Bericht auf die erfreuliche Tätigkeit der Genossenschaft für Alterswohnungen hingewiesen, die dank der Aufgeschlossenheit des Soveräns wieder 73 Wohnungen auf das Frühjahr 1961 hat bezugsbereit machen können. Die auf Veranlassung der kantonalen Behörden durchgeführte Erhebung über die Einkommensverhältnisse der Mieter und die Besetzung der subventionierten Wohnungen und Einfamilienhäuser hat ergeben, daß nur eine geringe Zahl von Mietern die Bedingungen nicht mehr erfüllt, weit weniger, als dies viele Leute vermutet haben. Wichtig wäre aber doch, daß auch für die subventionierten Wohnungen die Bestimmungen vereinheitlicht und den heutigen Geldverhältnissen angepaßt würden, am besten wahrscheinlich durch eine Anpassung der städtischen Vorschriften an die Bestimmungen des Kantons. Der Bericht gibt zum Schluß noch Zeugnis von einer regen internen Tätigkeit der Sektion in Sachen Vorträgen und Besichtigungen.

Leider waren zwei Vorstandsmitglieder zu ersetzen. Nach jahrzehntelanger verdienstvoller Tätigkeit für die Genossenschaften trat altershalber Kassier Gloor zurück. Der Präsident und die Versammlung statteten ihm den gebührenden Dank ab. Als neuer Kassier wurde Genossenschafter H. Schlumpf, GWG, gewählt. Auch Präsident Högger, der mit Geschick und Initiative der Sektion während vier Jahren vorgestanden hatte, war amtsmüde geworden. Seine Arbeit verdient ebenfalls den besten Dank der Genossenschafter. Als Nachfolger wurde W. Balmer, Verwalter der HGW, einstimmig gewählt. Den verbleibenden Vorstandsmitgliedern sei ebenfalls der beste Dank ausgesprochen.

In einem sehr interessanten Vortrag über «Die bauliche Entwicklung der Stadt Winterthur» wies Herr Stadtbaumei-

ster Rügger einleitend auf die Charakteristika von Winterthur hin: zum Beispiel die geographische Lage, schön eingebettet zwischen Hügeln, an günstiger Verkehrslage, wenn auch nicht attraktiv an einem See gelegen, Winterthur als Gartenstadt, der in letzter Zeit durch die immer dichter werdende Überbauung allerdings Gefahr droht. In Winterthur fällt das Fehlen einer eigentlichen City auf. Es sind nur einige kleinere Ansätze dazu vorhanden. Die Stadt verfüge glücklicherweise über große Landreserven und Eigenbesitz. Der Referent wandte sich dann den wichtigsten baulichen und organisatorischen Aufgaben der nächsten Jahre zu. Außerordentlich dringend sei vor allem die Schaffung einer Bauordnung und eines Zonenplanes. Diese vordringliche Arbeit sei zwar nun etwas intensiver an die Hand genommen worden, erfahre aber Verzögerungen durch den Personalmangel. Die städtischen Behörden müssen dabei aber auch auf das Verständnis und die Mithilfe der Winterthurer Bevölkerung rechnen können. Die Stadt sollte in nächster Zeit großzügigen Lösungen zum Durchbruch verhelfen können.

Lichtbilder unterstrichen die Ausführungen des Referenten recht eindrücklich, so Aufnahmen von erfreulichen, aber auch von weniger erfreulichen Bauten, Bilder, wie sie das Problem der Altstadtsanierung stellt, dann vor allem zahlreiche instruktive Modellaufnahmen von Projekten, die in den nächsten Jahren sollten zur Ausführung kommen können (Schiltwiesenplatz Oberwinterthur, Schulhaus Scheideggstraße, Pflegeheim Adlergarten, Theaterneubau, Überbauung Grüzefeld, Erweiterungsbauten Kantonsspital, Sulzer Bürohochhäuser usw.). Diese Bauten werden unser Stadtbild stark beeinflussen. S.

Förderung des Wohnungsbaues durch den Bund im Kanton Bern

Wie aus dem Jahresbericht des Zentralvorstandes zu entnehmen war, ist die Beteiligung der schweizerischen Baugenossenschaften an dieser Aktion gering. Weshalb will niemand zugreifen?

Mehrmalige «Empfehlungsschreiben» der bernischen Volkswirtschaftsdirektion an die Gemeinden bewog unsere Genossenschaft, die Angelegenheit angesichts unseres neuen Bauvorhabens zu untersuchen:

Wie anerkennend sich auch die vorgenommene Änderung der Vollzugsbestimmungen betrachten läßt, so hat doch der Kanton Bern andererseits die Bestimmung aufgehoben, wonach Kanton und Gemeinden ihren Beitrag in anderer Form als in Kapitalzinszuschüssen ausrichten können. Diese Maßnahme erfolgte aus administrativen Gründen. Zudem macht der Kanton die Bewilligung dieser Bundesbeiträge von der bedingungsgemäßen Belegung, Verwendung und Vermietung aller seit dem Jahre 1943 subventionierten Wohnungen in der Gemeinde abhängig. Also: entweder Ausweisung der Mieter, die die Subventionsbestimmungen nicht mehr erfüllen, oder Rückzahlung der öffentlichen Beiträge.

Diese Verfügungen haben bestimmt in großem Maße dazu beigetragen, daß von dem halben Dutzend eingereicherter Gesuche bis Ende 1960 (für den großen Kanton Bern!) vier zurückgezogen und die restlichen ebenfalls noch in der Schwebe waren.

Frage: Was sagen unsere Verbandsbehörden zu diesem Mißerfolg einer andererseits begrüßenswerten Wohnbauhilfe?

Wie sind die Erfahrungen in andern Kantonen? W. B.